

**Die Krisen-  
gewinner  
müssen  
zahlen!**

**DIE LINKE.**

**Merkel und Co.  
spalten das Land.**

## **Sozialen Kahlschlag stoppen.**

Der Staat ist hochverschuldet, vor allem weil er die von Banken und Spekulanten zu verantwortende Finanzmarkt-Krise stoppen musste. Nun streicht die Bundesregierung mit Verweis auf die Schulden rigoros soziale Leistungen bei denen, die bereits wenig haben: bei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, Arbeitslosen, Familien und Rentnerinnen und Rentnern. Wir alle sollen also für die Finanzkrise zahlen. Die Regierung Merkel spaltet die Gesellschaft noch tiefer.

Nur einige Beispiele:

- Union und FDP streichen den Heizkostenzuschuss zum Wohngeld und das Elterngeld für Hartz-IV-Beziehende.
- Eine arbeitslose alleinerziehende Mutter verliert 300 Euro im Monat.
- Menschen, die ihren Job verlieren, will die Koalition befristete Zuschläge zum ALG II streichen.
- Weiterbildung und Umschulung für Arbeitslose werden gnadenlos gekürzt.

## **Vorschlag: Für eine solidarische Politik Solidarität verteidigen.**

Bisher wurden die Gesundheitskosten von den Arbeitgebern mitfinanziert. Künftig sollen die steigenden Kosten allein von den Versicherten getragen werden. Der Beitrag der Arbeitgeber wird eingefroren. Das ist der Abschied von der Solidarität. Und: Die Regierung Merkel hält an der Rente mit 67 fest – und damit an einer faktischen Kürzung der Renten.

## **Der Finanznot unserer Kommunen entgegen treten**

Unsere Städte und Gemeinden sind bereits verschuldet. Nun will die Regierung Merkel auch noch deren wichtigste eigenständige Einnahmenquelle abschaffen: die Gewerbesteuer. Die Folge: Unsere Gemeinden und Städte haben noch weniger Geld. Konkret: Die Lebensqualität für uns und unsere Kinder sinkt weiter dramatisch.

Nur ein Beispiel: Wuppertal. Hier sollen fünf Schwimmbäder, das Schauspielhaus und zwei Bibliotheken geschlossen, Zuschüsse für Kultureinrichtungen um 30 Prozent gekürzt und Eintrittspreise erhöht werden. 1000 Arbeitsplätze im

öffentlichen Dienst werden gestrichen, Auszubildende nicht mehr eingestellt.

## **Millionäre, Spekulanten und Banken zur Kasse.**

Diejenigen, die die Finanzkrise mit verursachten, wurden mit Steuergeldern auch noch gerettet: die Banken. Allein für sie machte die Regierung 99 Milliarden Euro höhere Schulden. Auch weitere Rettungspakete nützen vor allem den Finanzinstituten. Es ist selbstverständlich, die Verursacher und Profiteure der Krise an den Kosten zu beteiligen - mit einer gerechten Erbschaftsteuer, einem höheren Spitzensatz der Einkommensteuer, der Wiedererhebung der Vermögensteuer und der Finanztransaktionssteuer. Union und FDP sagen zu allem: nein.

## **Atomkonzerne entmachten.**

Die Bundesregierung ist vor der Atomlobby eingeknickt. Sie will die Laufzeit für AKWs verlängern und weniger Gewinn abschöpfen als zuvor geplant. Für die Atomkonzerne ein Milliarden Geschenk, mehr als erhofft. Eine sichere, ökologisch und sozial gerechte Energieversorgung bleibt auf der Strecke.

## **Gemeinsam Gegenwehr organisieren!**

Der Kahlschlag-Haushalt wird im Herbst im Bundestag verhandelt und soll im November beschlossen werden. DIE LINKE organisiert zusammen mit Gewerkschaften, Sozialverbänden und außerparlamentarischen Bewegungen Widerstand. Gemeinsam können wir die Regierung unter Druck setzen und den Sozialkahltschlag stoppen. Wir laden Sie ein und bitten Sie: Engagieren Sie sich mit uns gegen diese zutiefst unsoziale Politik. Wenn Sie mehr über diese Themen und uns wissen wollen, dann schauen Sie unter [www.die-linke.de/politik/themen/sparpaket\\_und\\_krise/](http://www.die-linke.de/politik/themen/sparpaket_und_krise/) oder wenden sie sich an:

# **DIE LINKE.**

Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin  
Telefon: 030/24 00 93 45, Fax: 030/24 00 95 41  
[krisenprotest@die-linke.de](mailto:krisenprotest@die-linke.de)  
**www.die-linke.de** V.i.S.d.P. Werner Dreibus